

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 11

Artikel: Das Drama in Bosnien : Versuch einer sicherheitspolitischen Lagebeurteilung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092735>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Versuch einer sicherheitspolitischen Lagebeurteilung

Das Drama in Bosnien

Seit über einem Jahr werden wir tagtäglich mit dem Grauen des Krieges in Bosnien-Herzegowina konfrontiert. Man fragt sich, welche Risiken und Gefahren — vielleicht europa- und weltweit — entstehen könnten, wenn man den Dingen weiterhin ihren Lauf lässt. Eine Lagebeurteilung hat Enis Georg Haerberli, ehemaliger Sekretär der Kommission für militärische Landesverteidigung im EMD, unternommen und vorerst die «Krauffelder» islamische Welt, Russland und Serbien, welche das Geschehen beeinflussen, untersucht.

Die islamische Welt

Es dürfte kaum weit hergeholt sein, in (selbstverständlich nur formaler) Anlehnung an die Ausdrucksweise im kommunistischen Manifest zu behaupten, dass heute in der islamischen Welt ein Gespenst umgehe, nämlich das Gespenst des Fundamentalismus. Dabei ist es müssig, darüber zu streiten, was unter islamischem Fundamentalismus genau zu verstehen sei. Hier ist ganz einfach eine «islamische Variante» eines hasserfüllten und zerstörerischen religiösen Fanatismus gemeint, wie er in allen religiösen Bekenntnissen vorkommen kann und sich völlig missbräuchlich auf das jeweilige religiöse Bekenntnis beruft.

Bedrohlicher Fundamentalismus

In der Tat besteht weltweit im islamischen Bereich an drohenden «Flammenzeichen» kein Mangel. Man braucht sich dazu nur an das Mullahregime im Iran, an den spektakulären Bombenanschlag in New York oder an die wiederholten blutigen Anschläge auf ausländische Touristen in Ägypten zu erinnern. Dabei wäre es töricht zu glauben, man könne etwa mit einer Hebung der materiellen Lebensbedingungen, vielleicht sogar in Verbindung mit einer Demokratisierung, in den betroffenen Ländern dem religiösen Fanatismus den Nährboden entziehen.

Derartige Vorstellungen entspringen im Grunde genommen ihrerseits wieder einer materialistisch-diesseitigen

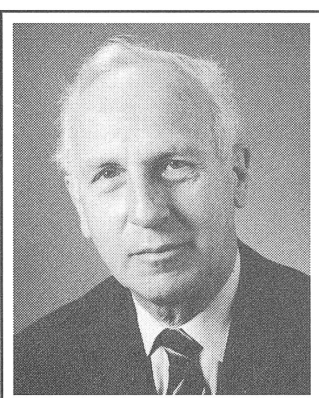
Weltbetrachtung westlicher Prägung. Wer einmal von religiösem Fanatismus erfasst worden ist, kümmert sich nicht um derartige Dinge. Er ist zu jedem Opfer bereit und fürchtet auch den Tod nicht. Bezeichnenderweise richten sich die fundamentalistischen Anschläge in Ägypten eben gerade gegen den Fremdenverkehr, das heisst gegen die Hauptquelle für eine allmähliche Hebung der materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Aus der Sicht der Fundamentalisten ist das durchaus folgerichtig. Sie kämpfen gegen den gottlosen und materialistischen Westen, vor allem auch gegen dessen Führungsmacht, die USA, so wie sie bis vor einigen Jahren in Afghanistan gegen die gottlosen Kommunisten kämpften. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt werden, dass der (noch) relativ reiche Westen nicht nach Kräften mithelfen sollte, die Lebensbedingungen in den armen Ländern der 2. und der 3. Welt zu verbessern. Es soll lediglich vor einer Illusion gewarnt werden.

Stabilitätsfaktor Türkei

Mit dem Zerfall der früheren Sowjetunion sind an der südlichen Grenze Russlands zwischen Kaukasus und Altai insgesamt sechs unabhängige islamische Republiken entstanden, deren nominelle Staatsvölker mit Ausnahme der Tadschiken zu den sogenannten Turkvölkern gehören. Deren Sprachen stehen dem Osmanisch-Türkischen, das heisst der Sprache des Grossteils der Bevölkerung der türkischen Republik, ausserordentlich nahe, so dass zwischen diesen Völkern kaum Verständigungsschwierigkeiten bestehen.

In diesem grob umschriebenen Grossraum ist der Türkei so etwas wie eine stabilisierende Schlüsselrolle zugefallen. Die Türkei hat das von allem Anfang an klar erkannt und bemüht sich seither mit Initiative und grossem Einfühlungsvermögen um vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen zu diesen Ländern. Mit ihren Anstrengungen befindet sich die Türkei in scharfer Konkurrenz mit dem Iran, der bei-



Enis Georg Haerberli, Jahrgang 1922, mütterlicherseits von türkischer Abstammung. Von 1952 bis zur Ende März 1987 erfolgten Pensionierung im Eid. Militärdepartement (EMD) tätig, ab 1963 als Sekretär der Kommission für militärische Landesverteidigung. Letztere ist das gesetzliche militärische Beratungsgremium des Chefs des EMD in dessen Eigenschaft als hierarchische Spitze der Armee in Friedenszeiten.

spielsweise in dem schon sprachlich nahestehenden Tadschikistan gewisse Erfolge erzielt zu haben scheint.

Zusammen mit der Republik Armenien versucht die Türkei ausserdem, im kriegerischen Konflikt um die armenisch besiedelte Enklave Berg-Karabach in Aserbaidschan mässigend zu wirken. Sowohl für die türkische wie auch für die armenische Regierung handelt es sich dabei um eine schwierige und risikoreiche Gratwanderung. Sowohl die armenische wie auch die türkische Regierung setzen sich dabei einer mitunter recht scharfen Kritik aus der eigenen Bevölkerung aus. Es ist eine offene Frage, wie weit diese Anstrengungen, den Konflikt zu begrenzen, überhaupt durchgehalten werden können.

Kalter Krieg zwischen «Gläubigen» und «Gottlosen»?

Von der Stabilität des ganzen Grossraumes — und wir müssen dazu zwingend auch den Nahen Osten

mit einschliessen — können Wohl und Wehe der ganzen eurasischen Landmasse, einschliesslich Nordafrikas, abhängen. Wir alle haben die dramatischen Turbulenzen und Erschütterungen noch in lebhafter Erinnerung, die sich im Gefolge der gewaltsamen militärischen Besetzung und Annexion des ölreichen Scheichentums Kuwait durch den Irak unter Diktator Saddam Hussein (Sommer 1990) ereigneten. Als zur Wiederherstellung des Status quo ante auf Veranlassung des Weltsicherheitsrates und unter massiver Beteiligung und Führung der USA eine multinationale Streitmacht gebildet wurde, die schliesslich mit militärischer Gewalt gegen den Irak vorging, wurde ein grosser Teil der arabischen Länder vom Nahen Osten bis nach Marokko von einer gefährlichen Flutwelle nationalistischer und religiöser Emotionen erschüttert, die das Schlimmste befürchten liessen.

Ein solcher Steppenbrand kann sich schon angesichts der in der Region herrschenden Spannungen jederzeit wiederholen, und niemand vermag zu sagen, ob nicht auch einmal die nach dem Zerfall der Sowjetunion entstandenen jungen islamischen Republiken davon erfasst werden könnten und ob sich nicht ein ebenso fanatischer wie wahnsinniger Führer in Kasachstan in den Besitz von atomaren Mittel- und Langstreckenraketen setzen könnte. Mit solchen Waffensystemen wäre es unter anderem möglich, bis weit nach Europa hineinzuwirken.

Aber auch ohne einen solchen Atomschlag könnte ein neuer kalter Krieg, ein neuer Ost-West-Konflikt die Folge sein. Dabei wäre die Bezeichnung Ost-West rein geographisch zu verstehen als ein Konflikt zwischen dem nach eigenem Selbstverständnis unter der Herrschaft Gottes stehenden Osten und dem als gottlos und materialistisch empfundenen Westen. Dann wäre einmal mehr Europa (und nicht nur West- und Mitteleuropa) sicherheitspolitisch-militärisch als Ganzes gefordert.

Sollte es zu einer solchen tragischen Eskalation kommen, so müsste man

Fortsetzung Seite 6

ferner damit rechnen, dass die beiden christlichen Kaukasusrepubliken Armenien und Georgien wie schon wiederholt in ihrer Geschichte aufs Neue in einem Meer von Blut und Tränen untergingen.

Anfang April wurde über eine neue Offensive der Armenier von Berg-Karabach berichtet. Wieder sahen wir Bilder von Flüchtlingstrecken, diesmal von moslemischen Aseris. Wie sich doch die Bilder aus dem östlichen Bosnien und dem südlichen Kaukasus gleichen! Die Republik Armenien sah sich genötigt zu erklären, an dieser Offensive seien keine Verbände ihrer eigenen Streitkräfte beteiligt, sondern nur Truppen aus Berg-Karabach. Mit gutem Grund, denn die türkischen Behörden sollen bereits den Transport westlicher Hilfsgüter über ihr eigenes Staatsgebiet nach Armenien gestoppt haben. Auch der Weltsicherheitsrat schaltete sich ein und forderte in einer einstimmigen Resolution den sofortigen Abzug armenischer Truppen aus Aserbaidschan.

Russland

Auch in Russland geht ein Gespenst um, nämlich das Gespenst einer bedrohlichen Allianz von Altkommunisten, Funktionären und russischen Grossmachtchauvinisten. Letztere umfassen ein vielschichtiges Spektrum von teilweise schwer einzuordnenden Gruppierungen. Innerhalb dieser gesamten Allianz mag es zahlreiche zum Teil divergierende Auffassungen und Strömungen geben. Von einigem Interesse ist dabei unter anderem eine gewisse Disposition zum Antisemitismus. Weitgehende Einigkeit dürfte in zwei Bereichen bestehen: im Wunsch nach einer Wiederherstellung der vergangenen Grösse sowie in der Abneigung und im Misstrauen gegenüber dem reichen Westen, vor allem gegenüber dessen «Schutzmacht» USA.

In dasselbe geistige Umfeld gehört auch die Vorstellung von einer zwin-genden Beschützerrolle Russlands gegenüber den Serben (mit Einschluss einiger weiterer orthodoxer

Balkanvölker). Die Wurzeln dieser Vorstellung sind emotionaler, ethnischer und religiöser Natur und reichen in der Geschichte weit zurück in die Zeit der Eroberung der Balkanländer durch die moslemischen Osmanen, also die Vorfahren der heutigen Türken.

Moskaus Schlüsselrolle

Das alles bedeutet, dass Russland, falls Präsident Boris Jelzin und seine Anhängerschaft im gegenwärtigen Machtkampf doch noch unterliegen sollten, zu einem welt- und sicherheitspolitisch unberechenbaren Faktor würde. Es könnte durch sein Veto im Sicherheitsrat alle Bemühungen auf UNO-Ebene zur Wahrung bzw. Wiederherstellung der Stabilität und des Friedens — so namentlich auch zum wirksamen Schutz für die Moslems in Bosnien — ganz einfach blockieren.

Man wäre dann wieder beim Zustand angelangt, wie er zur Zeit des kalten Krieges und der weltweiten Bedrohung von Frieden und Stabilität durch den Sowjetblock bestanden hatte. Folglich sind auch jetzt, solange der Machtkampf nicht entschieden ist, keine substanziellen Zwangsmassnahmen auf UNO-Ebene zu erwarten, um dem Genozid der Serben an der moslemischen Bevölkerung wirklich ein Ende zu setzen oder doch wenigstens die Serben mit Gewalt davon abzubringen, die Versorgungskonvois der UNO zugunsten der bedrängten Moslems zu behindern.

Rücksicht auf islamische Völker

Trotzdem kann Russland auf Dauer nicht daran interessiert sein, den wachsenden Zorn in der islamischen Welt allzuweit herauszufordern, indem es dazu beiträgt, dass der Genozid der Serben an den bosnischen Moslems ungebremst seinen Fortgang nehmen kann. Nicht nur im Kaukasusgebiet finden sich auf russischem Territorium moslemische Völkerschaften, deren Unrast und zum Teil auch kriegerischen Aktivitäten die Stabilität des Gesamtstaates empfindlich zu stören vermögen.

Weiter im Inneren des Landes finden sich noch zwei relativ bedeutende Autonome Republiken turksprachiger moslemischer Völker, nämlich Baschkirien am Süden des Uralgebirges (143 000 km², 3,9 Mio Einwohner, wovon 40 % Russen und je 25 % Baschkiren und Tataren) und Tatarstan an der mittleren Wolga (68 000 km², 3,5 Mio Einwohner, wovon 48 % Tataren und 44 % Russen). In beiden Republiken ist, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass, nationale und religiöse Unrast festzustellen. Beide Republiken haben sich als souverän erklärt.

Tatarstan hat das Referendum im März 1991 über die Einführung des Präsidialsystems in Russland (RSFSR) boykottiert, da es sich nicht mehr als Teil der RSFSR betrachtete. Auch an der Wahl des Präsidenten Russlands im Juni 1991 nahm Tatarstan offiziell nicht teil, doch wurden für Wahlwillige Möglichkeiten zur Teilnahme geschaffen. Zu Beginn des Jahres 1991 wurden die «vor mehr als 70 Jahren unterbrochenen» Beziehungen zur Türkei wieder aufgenommen. Ein Protokoll über Handels- und Wirtschaftsbeziehungen wurde in Ankara unterzeichnet.

In Baschkirien scheinen die Sezessionsbestrebungen noch etwas weniger akzentuiert. Das mag damit zusammenhängen, dass der baschkirische Bevölkerungsanteil nur 25 % beträgt (auch wenn weitere 25 % zur ebenfalls turksprachigen und moslemischen Volksgruppe gehören). So hat sich Baschkirien trotz wachsenden Widerstandes in der Bevölkerung an den russischen Präsidentenwahlen im Juni 1991 beteiligt.

Gefährlicher russischer Chauvinismus

Ein weiterer Grund, der Russland dazu veranlassen sollte, durch sein Verhalten die Welt des Islam nicht allzu sehr herauszufordern, beruht auf der Tatsache, dass in den aus dem Verband der Sowjetunion ausgeschiedenen selbständigen moslemischen Republiken noch russische Bevölkerungsanteile unterschiedlicher Grösse (zwischen 10 und 40 %) «übriggeblieben» sind. Eine andere Frage ist allerdings, wie weit extreme

russische Grossmachtchauvinisten zu einer angesichts solcher Bevölkerungsverhältnisse gewiss gebotenen Vorsicht und Zurückhaltung überhaupt befähigt sind. Sie streben im Grunde nach Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete und könnten demzufolge versucht sein, in diesen verbliebenen Russen auch ein willkommenes Vehikel zu erblicken, um (beispielsweise durch Subversion) auf Wiedereingliederung hinzuwirken.

Serbien

Die Geschichte wiederholt sich nicht, jedenfalls nicht in einer starren und schematischen Weise, die es theoretisch etwa erlauben würde, die Zukunft präzise vorauszusagen. Hingegen vermag uns die Geschichte Erkenntnisse zu vermitteln und Zusammenhänge offenzulegen, die es möglich machen, die Gegenwart besser zu verstehen. Es lassen sich sogar Risiken und Gefahren erkennen, welche man bei der Analyse möglicher künftiger Entwicklungen nicht ungestraft missachten kann.

Parallelen zu 1914

Im Lichte dieser einschränkenden Vorbemerkungen sollen nun die dramatischen Ereignisse der Gegenwart mit zwei Konstellationen der jüngeren Geschichte verglichen werden. Im ersten der beiden Fälle zeigen sich geradezu verblüffende Parallelen:

1914: Am 28. Juni 1914 wurden in Sarajewo der österreichisch-ungarische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Gemahlin ermordet. Der Attentäter war ein bosnischer Serbe. Er gehörte einer serbischen geheimen Terrororganisation an, die von der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabes in Belgrad aufgebaut und geleitet wurde und die schon eine ganze Anzahl blutiger Anschläge in Bosnien und Kroatien verübt hatte. Das alles war damals bekannt.

Der Mord von Sarajewo provozierte die einen Monat später (28. Juli

1914) erfolgte Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien und in einer unmittelbar anschliessenden Kettenreaktion den Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Man mag sich hinterher darüber wundern, wie das kleine Serbien überhaupt dazukommen konnte, seinen grossen und mächtigen Nachbarn Österreich-Ungarn in derart wahnwitziger Weise zu provozieren. In der Tat musste es seine Tollkühnheit in der Folge mit einer jahrelangen Besetzung durch die Mittelmächte bezahlen, deren Streitkräfte es im Spätherbst 1915 buchstäblich überrannten. Das beinahe irrational anmutende Verhalten Serbiens findet eine durchaus einleuchtende Erklärung in der Tatsache, dass sich Serbien durch das grosse und mächtige Russische Reich, die «Mutter» aller slawischen Völker, zuverlässig geschützt und gedeckt wusste.

1938/39: Nach den Vorstellungen Adolf Hitlers, der zum Eroberungs- und Revanchekrieg fest entschlossen war und der — unter eklatantem Bruch des Versailler Friedensvertrages von 1919 — eine ungeheure militärische Streitmacht aufgebaut hatte, waren die europäischen Siegermächte des Ersten Weltkrieges, Frankreich und Grossbritannien, nichts anderes als so etwas, das man nach heutiger Terminologie als «Papiertiger» bezeichnen würde. Sie hatten dem mächtigen Kriegsinstrument des Deutschen Reiches praktisch nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Das einzige Land, das über ein bedeutendes militärisches Macht- und Rüstungspotential verfügte und von dem man demzufolge ein wirksames Gegengewicht erwarten konnte, war die schon aus ideologischen Gründen dem Deutschen Reich feindlich gesinnte Sowjetunion.

«Peace for our time»

Zu dieser bedrohlichen Situation war es unter dem Einfluss eines gewiss gut gemeinten und verständlichen, vor allem aber auch völlig utopischen und realitätsblinden pazifistischen Denkens gekommen, welches die öffentliche Meinung und das politische Geschehen in Westeuropa, beson-

ders jedoch in Grossbritannien beherrschte. Schon damals konnte kein vernünftig denkender Mensch im Unklaren darüber sein, was man vom Deutschen Reich unter der verbrecherischen und menschenverachtenden Diktatur Hitlers und seiner Komplizen zu erwarten hatte. Der Höhepunkt der verhängnisvollen pazifistisch inspirierten «Friedenspolitik» ist unter der Bezeichnung «appeasement», das heisst Beschwichtigung, in die Geschichte eingegangen.

Damals geschah das Unfassbare, dass die Tschechoslowakei, ein souveräner Staat, von Grossbritannien und Frankreich gezwungen wurde, die sogenannten Sudetengebiete an das Deutsche Reich abzutreten. Das geschah im sogenannten Münchner Abkommen, das am 30. September 1938 zwischen Frankreich, Grossbritannien, Deutschland und Italien abgeschlossen wurde. Die CSR als Hauptbetroffene war daran gar nicht beteiligt. Ihre Proteste verhallten ungehört; ihre Vertreter warteten im Vorzimmer und wurden am Schluss mündlich über das Ergebnis informiert. Winston Churchill sprach damals von einem Frevel. Der Initiator dieses Abkommens, der britische Premierminister Neville Chamberlain, glaubte damals allen Ernstes, den Frieden gerettet zu haben — «Peace for our time».

Realitätsblinder Pazifismus

Auch das Zustandekommen des sogenannten Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August 1939 muss zu einem wesentlichen Teil auf die durch utopisches pazifistisches Denken bewirkte militärische Schwäche und Nachgiebigkeit der Westmächte zurückgeführt werden. Damals musste sich die Sowjetunion gegen einen massiven japanischen Vorstoss am Chalchin Gol auf das Gebiet der mit ihr als Satellitenstaat verbündeten Mongolischen Volksrepublik zur Wehr setzen.

Eingekeilt zwischen Deutschland und Japan (das grosse Teile Chinas besetzt hielt), musste die Sowjetunion damit rechnen, in einen — strategisch gesehen immer gefährlichen — Zweifrontenkrieg verwickelt zu wer-

den. Von den geschwächten Westmächten war keinerlei substanzielle Hilfe oder Entlastung zu erwarten. So kam es zum Hitler-Stalin-Pakt, der die Sowjetunion fürs erste aus der Zweifrontenbedrohung befreite und Hitler die nötige Deckung gab, um am 1. September 1939 Polen anzugreifen. Damit begann der Zweite Weltkrieg.

«Appeasement» auch für Bosnien?

Heute haben in Bosnien, wie überhaupt im ehemaligen Jugoslawien, die UNO, die Nato, die EG oder anders gesagt die militärisch keinesfalls als Leichtgewichte einzustufenden grossen europäischen Länder wie Deutschland, Frankreich, Grossbritannien usw. die Rolle des Papiertigers übernommen. Anstelle der Tschechoslowakei ist diesmal die bosnische Moslembevölkerung das Opfer. Auch sie soll übrigens nach dem sogenannten Vance-Owen-Plan zu Gebietsabtretungen gezwungen werden.

Auch die heute praktizierte Papiertigerrolle hat ihre Wurzeln im bereits bekannten realitätsblinden pazifistischen Extremdenken und der davon inspirierten «Friedenspolitik», die jeden auch nur zaghaften unerlässlichen Bezug auf die vorhandene militärische Machtkomponente als «Dienerin» der Politik schon rein gedanklich ausgeblendet hat.

Heute hat Serbien praktisch nichts zu befürchten als flammende Proteste, leere Drohungen, beschwichtigende Gesten, Friedenspläne, wirkungslose Wirtschaftssanktionen usw. Serbien scheint sich getrost darauf zu verlassen, dass Russland in Wahrnehmung seiner historischen Beschützerrolle auf der Ebene des Weltsicherheitsrates Beschlüsse über militärische Gewaltanwendung verhindern wird, die ihm ernsthaft gefährlich werden könnten.

Sollte es Serbien einmal gelingen, seinen Eroberungskrieg in Bosnien, den Genozid an der Moslembevölkerung und die sogenannten ethnischen Säuberungen tatsächlich erfolgreich zum Abschluss zu bringen, so könnte es versucht sein, auch im Gebiet von

Kosovo den Genozid und die ethnischen Säuberungen, die sich diesmal gegen die albanisch-moslemische Bevölkerungsmehrheit richten würden, in Angriff zu nehmen. An sich wäre eine militärische Eroberung gar nicht notwendig, da ja die serbische Herrschaft dort bereits etabliert ist. Es ist jedoch eine ganz andere Frage, ob sich die erfolgsgewohnten Serben durch eine solche nüchterne Überlegung von einem derartigen Abenteuer überhaupt abhalten lassen würden.

Wir dürfen hier auch eines nicht vergessen: Die Serben haben zur Landschaft von Kosovo eine ungewöhnlich starke emotionale Bindung, die in ihrer Intensität nicht zu vergleichen ist mit der gefühlsmässigen Bindung, die wir Schweizer etwa dem Rütli gegenüber empfinden. Die Gefühle der Serben fliessen aus der Erinnerung an die schwere Niederlage, die ihr Heer unter König Lazar im Juni 1389 gegen die Truppen des Sultans Murad auf dem Amselfeld (Kosovo Polje) erlitten hatte. Das gibt ihren Gefühlen so etwas wie eine traumatische Komponente. Solche Zusammenhänge mögen manches erklären, vermögen aber nicht die Greuel zu entschuldigen.

Der allgemeine Balkankrieg, der aus einem solchen Abenteuer im Gebiet von Kosovo entstehen könnte, dürfte dann voraussichtlich Albanien, Griechenland, Mazedonien, Bulgarien und die Türkei einbeziehen. Er könnte zu einer schweren Belastung für die Nato werden, indem zwei ihrer Mitglieder, Griechenland und die Türkei, sich dabei feindlich gegenüberüberstünden. Darüber hinaus wären noch weitere kriegerische «Sekundärschütterungen» denkbar, die mit der Anwesenheit bedeutender ungarischer Minderheiten in der serbischen Vojvodina, in Rumänien und in der Slowakei zusammenhängen.

Die schlimmste Folge, die sich aus einem serbischen Abenteuer im Kosovo ergeben könnte, wäre indessen eine neuerliche «flammende» Signalwirkung in den islamischen Ländern. Sie könnte im Extremfall den gefürchteten religiösen Steppenbrand in bedrohliche Nähe rücken. ■